

Medienmappe

Zum virtuellen Mediengespräch:

Klimapolitik als zentrale standort- und umweltpolitische Aufgabe für die zukünftige Regierung

20. Februar 2025

Angesichts der jeweiligen Zwischenergebnisse der abgebrochenen Verhandlungen zur Regierungsbildung stellen wir verdichtet die Bedeutung von konsequenter Klimapolitik insbesondere auch für den Wirtschaftsstandort dar. Als kleine offene Volkswirtschaft ist Österreich in besonderer Weise davon abhängig, dass es in Technologie und Struktur nicht zurückfällt, sondern daran orientiert ist, zukunftsfähige Produkte und Dienstleistungen bereitstellen zu können. Nur so können Arbeitsplätze, Wertschöpfung, und zugleich gesunde Lebensbedingungen in Österreich gehalten werden.

Aus den insbesondere zuletzt verfügbaren Informationen zur diskutierten Klimapolitik würden mehrere Elemente dem zuwiderlaufen, wie im Mediengespräch dargestellt wird.

Inputs:

[Karl Steininger](#) (Uni Graz): **"Klimapolitik zur Erhaltung des Wirtschaftsstandort Österreich"**

[Sigrid Staql](#) (WU Wien): **„Die schiefe Ebene der Wirtschaft: Wer Klimaschutz will, muss die Anreize umkehren“**

Moderation: Alexander Behr (Diskurs. Das Wissenschaftsnetz)

Eine Veranstaltung von [Diskurs. Das Wissenschaftsnetz](#)

Karl Steininger

Klimapolitik zur Erhaltung des Wirtschaftsstandort Österreich

Wir erfahren weltweit zunehmend die Klimawandel-Folgewirkungen. Wenn wir uns als Menschheit nicht drastisch dezimieren wollen, können wir davon ausgehen, dass – letztlich – in allen Ländern auf diesem Globus die Transition zur Klimaneutralität erfolgen wird. Mit klaren Konsequenzen, welche Produkte und Geschäftsmodelle dann gefragt sind, und Vorteilen für jene, die darin frühzeitig Expertise erlangt haben. China etwa baute seine Kompetenz in erneuerbaren Energien seit 2001 in allen 5-Jahresplänen Schritt um Schritt aus und ist mittlerweile in vielen Bereichen Weltmarktführer. China wies 2024 mehr Investitionen in Erneuerbare auf als alle anderen Länder auf diesem Planeten zusammen (IEA, 2024), importiert die EU mittlerweile über 90% zentraler PV-Technologiekomponenten aus China (EU Kommission, 2023), und werden 75% der Batterien für E-Autos weltweit in China hergestellt (IEA, 2022).

Wie kann Österreich darauf reagieren? Das Erfolgsmodell Österreichs beruht seit dem zweiten Weltkrieg stark auf dem Import billiger (fossiler) Energie und dem Export daraus veredelter Produkte. Bereits 1956 ist Österreich damit in die Top 15 der (pro Kopf) wohlhabendsten Länder aufgestiegen. In einer Welt der nunmehr erneuerbaren Energien verändert sich die Basis dafür fundamental. Erneuerbare Energie, vor allem die mittlerweile billigste – Elektrizität aus Photovoltaik – ist über den Globus viel gleichmäßiger zugänglich als fossile, und auch ihr Einsatz für die industrielle Produktion wird sich geografisch gleichmäßiger verteilen. Die Mengen global gehandelter Energien werden vergleichsweise beschränkter sein. Damit wird für Österreich das Ziel Energienutzung zu reduzieren zentral für seinen Wohlstand. Wollen wir ausreichende Energieverfügbarkeit für den Industriestandort sichern, müssen wir den Energieeinsatz dort reduzieren, wo eine solche Umgestaltung ohnehin auch die Gesamtkosten senkt, vor allem in der Raumwärme und im Verkehr.

Ein Szenario dafür, das mit Vertreter:innen aus Industrie, Gewerbe, Finanzsektor, Verwaltung, Interessenvertretungen und NGOs für Österreich ausgearbeitet wurde, zeigt, dass mittelfristig die Endenergienachfrage um zumindest ein Fünftel gegenüber heute gesenkt werden kann (Integrate, 2024a,b). Kernelement darin ist die Kreislaufwirtschaft, auch in der Industrie – wie durch einen deutlich erhöhten Recyclinganteil (Schrotteinsatz) in der Stahlproduktion umgesetzt. Eine solche Energiereduktion in einer Kreislaufwirtschaft erhöht die inländische Wertschöpfung, werden doch die Produktion effizienter und die Produkte werthaltiger (Steininger et al., 2024).

Standortstärke in technologischer Entwicklung weist Österreich bereits seit drei Jahrzehnten insbesondere im Abfallmanagement auf, hat daher eine ausgezeichnete Ausgangsbasis, wenn es nunmehr Kreislaufwirtschaft zu seiner Marke besonderer internationaler Bekanntheit ausbauen will. Bei Technologien in Kunststoff- und Gummirecycling weist Österreich im internationalen Vergleich vierfach höhere Patentdichte auf, mit globalen Marktführern wie Borealis oder Next Generation Recycling. Dennoch schlägt dies derzeit noch nicht breit über die Technologien hinweg in Exportstärke durch, Politik kann hier mit Disseminationsansätzen zur Nachfrageerhöhung stärken. In Technologien, bei denen besondere Exportstärke bereits vorliegt (etwa Recycling von Holz- und Möbelabfällen), fiel jüngst die technologische Entwicklung zurück, was nach gezielter F&E-Politik ruft, um auch diese Bereiche mittelfristig in ihrer Exportstärke abzusichern (Steininger et al., 2024).

Dass Österreich die innovativen Kräfte im Land hat, die erfolgreich umsetzen können, zeigt etwa die oberösterreichische Miba. Während gerade in der Autozulieferindustrie sonst Pleiten drohen, hat sich dieses Unternehmen vorausschauend an die neuen globalen Entwicklungen angepasst und seine Technologieführerschaft in Komponenten entlang der nun relevanten Energiewertschöpfungskette weiterentwickelt, von Windrädern über Speicher bis E-Autos.

In jenem Bereich, in dem Österreich die bisher stärksten Emissionseinsparungen bereits erzielt und seine Treibhausgas-Emissionen halbiert hat, dem Gebäudesektor (Eibinger et al., 2024), ist die weitere politische Gestaltung hingegen vielmehr direkt eine soziale Frage: Niedrigeinkommens-Haushalte aus dem lock-in in fossile (und vielfach teure) Heizsysteme herauszuholen. Der an Niedrigeinkommen adressierte Teil des Förderprogramms ist zwar weiterhin verfügbar, die Zugänglichkeit wäre aber noch weiter zu verbessern; etwa werden vorläufige Förderzusagen noch nicht als Kreditsicherheit anerkannt, was gerade diese Projekte derzeit noch oft verhindert.

Österreich ist im Erhalt seiner Standortstärke und Wettbewerbsfähigkeit darauf angewiesen, dass es mittels Klimapolitik seine Kompetenzstärke in den nun relevant werdenden Bereichen ausbaut.

Aus den Verhandlungen bekannt gewordene Vorschläge, die (bzw. deren bisherige Blockierung) der Sicherung des Wirtschaftsstandorts entgegenlaufen:

Aus den ÖVP-SPÖ-NEOS Verhandlungen: Die Reform der klimaschädlichen Subventionen stand zwar im Papier, war aber zuletzt noch rot markiert. Eine solche Reform ist jedoch zentral, würde sie nicht nur das Budget entlasten, sondern auch die Wirtschaftsstruktur zukunftsfit machen, und private Haushalte von internationalen fossilen Preissprüngen besser abschotten. Österreich hat zudem in seinem an die EU übermittelten Nationalen Energie- und Klimaplan festgehalten, dass es bis 2030 Emissionen in Höhe von 2 Mio t CO₂eq durch eine Reform der klimaschädlichen Subventionen verringern wird. Dies kann nur durch eine Regierung innerhalb der kommenden 5 Jahre umgesetzt werden.

Aus den ÖVP-FPÖ-Verhandlungen: Abschaffung des nationalen CO₂-Preises. Dies wäre doppelt widersinnig, weil er 2027 über eine EU-Verordnung jedenfalls wiederkommt, die Wirtschaft also nicht nur nicht konsistent weiter auf die Zukunft ausgerichtet wird, sondern ein Zick-Zack-Kurs zusätzliche vermeidbare Schäden anrichtet.

Wenn die Förderungen etwa in der Heizungsumstellung gekürzt werden, so müsste ein anderes Instrument diese Transformation sicherstellen (etwa ein Umstellungsplan nach Heizanlagenerrichtungsjahr). Dies würde auch die Planbarkeit für alle damit befassten Gewerke sicherstellen.

In den ÖVP-SPÖ-NEOS Verhandlungen Anfang Jänner 2025 zuletzt auf gelb, also noch näher zu verhandeln waren:

Klimawandelanpassung der Naturräume, Finanzierung von Investitionen in die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung

Noch nicht geklärt war in diesen Verhandlungen auch:

Ausstieg aus fossilen Energiequellen im Einklang mit dem österreichischen Ziel der Klimaneutralität

Referenzen:

Eibinger, T., Manner, H., Steininger K.W., 2024. Die Entwicklung der österreichischen Treibhausgasemissionen seit 2021, Wegener Center Memo, Uni Graz. <https://wegccloud.uni-graz.at/s/jEz4oGERocGrQe6>

European Commission, 2023. EU Net-zero Industry Act: Making the EU the home of Clean Tech https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/fs_23_1667

Integrate, 2024a. Zentrale Elemente einer österreichischen Netto-Null Politik, Integrate Newsletter 3, mit Anhang. [Integrate_Newsletter3.pdf](#)

Integrate, 2024b. Überarbeitung des Netto-Null Politikpakets für Österreich, Integrate Newsletter 4. [INTEGRATE_Newsletter4.pdf](#)

International Energy Agency (IEA), 2022. Global Supply Chains of EV Batteries. IEA, Paris. <https://www.iea.org/reports/global-supply-chains-of-ev-batteries>

International Energy Agency (IEA), 2024. World Energy Investment 2024. IEA, Paris. <https://www.iea.org/reports/world-energy-investment-2024>

Steininger, K.W., Wallenko, L., Alaux, N., Kueschnig, M., Mestel, R., Nabernegg, S., Passer, P., Vogel, J., Streicher, W., 2024. Klimaneutralität und Kreislaufwirtschaft: ein integrierter Ansatz. INTEGRATE Project Brief November 2024, Wegener Center, Universität Graz. <https://wegccp.uni-graz.at/integrate/results-2/>

Sigrid Stagl

Die schiefe Ebene der Wirtschaft: Wer Klimaschutz will, muss die Anreize umkehren

Man hat derzeit den Eindruck, dass eine Generation verzweifelt um das eigene Überleben kämpft, während sie gleichzeitig die Ökosysteme und stabilen Umweltbedingungen zerstört, die ihre Existenz sichern. Dieser Widerspruch zeigt sich besonders in der klimapolitischen Realität, in der trotz vieler Bekenntnisse zum Klimaschutz weiterhin fossile Strukturen gefördert und nachhaltige Alternativen ausgebremst werden. Die dringend notwendige grüne Transformation der Wirtschaft darf sich daher nicht auf sektorale Maßnahmen oder die Dekarbonisierung einzelner Wirtschaftssektoren beschränken. Sie erfordert vielmehr einen tiefgreifenden Umbau gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Strukturen, um klimafreundliches Handeln für alle zu ermöglichen. Dies erfordert die Integration sozialer, ökonomischer und biophysischer Faktoren. Grüne Technologien spielen dabei eine zentrale Rolle, reichen aber allein nicht aus. Entscheidend ist eine grundlegende Neuausrichtung der ökonomischen Anreizsysteme, um eine „*transformation by design*“ statt einer „*transformation by disaster*“ zu ermöglichen. Eine solche systemische Perspektive macht deutlich, dass politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Rahmenbedingungen maßgeblich darüber entscheiden, ob eine nachhaltige Transformation gelingt oder blockiert wird.

Damit nachhaltiges Handeln zur Norm wird, muss es wirtschaftlich vorteilhaft und einfacher sein als klimaschädliches Verhalten. Doch aktuell sind die Strukturen genau umgekehrt: Produktions- und Konsummuster, die Umwelt und Klima belasten, werden durch Subventionen und steuerliche Vorteile begünstigt, während nachhaltige Alternativen oft höhere Kosten und strukturelle Hürden zu überwinden haben. Diese Verzerrungen schaffen eine „schiefe Ebene“ zugunsten fossiler und ressourcenintensiver Wirtschaftsweisen – eine Schieflage, die durch gezielte Reformen von Subventionen, Steuersystemen und Investitionsanreizen dringend korrigiert werden muss.

Ein zentrales Beispiel für den notwendigen strukturellen Umbau sind klimaschädliche Subventionen, die fossile Energieträger und emissionsintensive Wirtschaftsaktivitäten weiterhin begünstigen. Laut WIFO belaufen sich diese Subventionen in Österreich auf jährlich zwischen 4,1 und 5,7 Mrd. €. Besonders problematisch sind Steuervergünstigungen für Diesel, die fehlende Besteuerung von Kerosin und steuerliche Vorteile für Unternehmen im Bereich fossiler Energienutzung. Diese Maßnahmen stehen in direktem Widerspruch zu den Klimazielen und verfestigen den „Carbon Lock-in“, indem sie Investitionen in klimaschädliche Infrastrukturen und Technologien aufrechterhalten. Diese Subventionen wurden im aktuellen österreichischen Budgetkonsolidierungsvorschlag nicht abgebaut oder reduziert. Dabei wäre eine konsequente Reform solcher Förderungen nicht nur aus klimapolitischer, sondern auch aus wirtschaftlicher Sicht notwendig, um langfristige Planungs- und Investitionssicherheit für klimafreundliche Alternativen zu schaffen. Dass es wirtschaftlich erfolgreich auch anders geht, zeigen die zahlreichen positiven Beispiele von Energiegemeinschaften in ganz Österreich. So gelang es beispielsweise der Bürgerenergiegemeinschaft in Haunoldstein in Niederösterreich, über die besonders herausfordernden Wintermonate hinweg 92 % ihres Strombedarfs aus eigener Windenergie, PV und Wasserkraft zu decken. Solche dezentralen Energieprojekte beweisen, dass eine klimafreundliche, wirtschaftlich tragfähige Alternative zur fossilen Abhängigkeit längst existiert – sie wird jedoch durch die Förderung klimaschädlicher Infrastrukturen indirekt behindert.

Eine nachhaltige Transformation der Wirtschaft kann nicht allein durch Innovationsförderung und CO₂-Bepreisung erreicht werden, sondern erfordert den gezielten Ausbau sozial-ökologischer Infrastrukturen, die klimafreundliches Handeln für alle ermöglichen. Dazu zählen der verstärkte Ausbau öffentlicher Verkehrssysteme, die Förderung gemeinschaftlicher Wohn- und Energiekonzepte sowie eine sozial gerechte Steuer- und Subventionspolitik. Dies ist nicht nur finanzierbar, sondern wirtschaftlich klug – vorausgesetzt, die öffentlichen Mittel fließen nicht länger in umweltschädliche Produktions- und Lebensweisen, sondern in nachhaltige Alternativen. Strukturelle Veränderungen sind dabei nicht nur ökologisch geboten, sondern auch sozial und ökonomisch sinnvoll, da sie die Grundlage für ein gutes Leben und gute Arbeit für alle innerhalb der planetaren Belastungsgrenzen schaffen. Eine „*transformation by design*“ erfordert jedoch politische Entschlossenheit und die Bereitschaft, wirtschaftliche Interessen jener Akteure neu auszurichten, die ihre Geschäftsmodelle noch nicht zukunftsfähig gemacht haben und dadurch als Bremser auftreten. Ihr Festhalten an überholten Strukturen blockiert nicht nur ihre eigene Wettbewerbsfähigkeit, sondern hemmt auch die Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit der gesamten Wirtschaft. Statt rückwärtsgewandte Geschäftsmodelle zu schützen, müssen politische Weichenstellungen auf Stabilität, Innovation und nachhaltige Entwicklung ausgerichtet werden.

Referenzen:

Kletzan-Slamanig, Daniela, et al. Analyse klimakontraproduktiver Subventionen in Österreich. WIFO, Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung, 2022.
<https://www.wifo.ac.at/publication/70096/>

Novy, Andreas, et al. Klimafreundliche Transformationspfade – Die Transformation multiperspektivisch planen, Polanyi Paper 006, Dezember 2024,
http://www.karlpolanysociety.com/polanyi-paper-006_2024_novy-et-al_transformationspfade/

Stagl, Sigrid. Bürgerenergiegemeinschaft Haunoldstein, Sozialwissenschaftliche Begleitforschung im Auftrag der EVN, 2024.

Über die Expert*innen

[Karl W. Steininger](#) ist Professor für Klimaökonomik und Nachhaltige Transition, und Leiter des Wegener Center für Klima und globalen Wandel der Universität Graz. Er ist u.a. im wissenschaftlichen Beirat des Österreichischen Produktivitätsrats.

Email: karl.steininger@uni-graz.at

[Sigrid Stagl](#) ist Professorin für Umweltökonomie und -politik und Leiterin des Kompetenzzentrums Sustainability Transformation and Responsibility an der Wirtschaftsuniversität. Sie ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats der European Environment Agency und Mitglied des Generalrats der OeNB.

Email: stagl@wu.ac.at

Kontakt für Rückfragen

Alexander Behr

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 650 34 38 37 8

E: alexander.behr@univie.ac.at

Cosima Danzl

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz

T: +43 660 721 83 75

E: danzl@diskurs-wissenschaftsnetz.at

Über Diskurs

Diskurs. Das Wissenschaftsnetz ist eine Initiative zum Transfer von wissenschaftlicher Evidenz engagierter Wissenschaftler*innen in die Öffentlichkeit. Wir setzen uns dafür ein, dass wissenschaftliche Erkenntnisse entsprechend ihrer Bedeutung im öffentlichen Diskurs und in politischen Entscheidungen zum Tragen kommen. Mehr Informationen finden Sie auf unserer Website <https://diskurs-wissenschaftsnetz.at/>

Sie möchten über unsere zukünftigen Mediengespräche und Pressemitteilungen informiert werden? Dann melden Sie sich doch bei unserem Presseverteiler an:

<https://www.diskurs-wissenschaftsnetz.at/presseverteiler/>